

Zum Splügener Stauseeprojekt

Autor(en): **Simmen, L. / Jegher, Carl**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Bauzeitung**

Band (Jahr): **119/120 (1942)**

Heft 20

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-52364>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

2. Die Bauaustrocknung ist während der Wintermonate durch den Mangel an Brennstoffen erschwert. Ein forciertes *künstliches Austrocknen war und ist nicht erwünscht*, da dadurch Deformationen und auch starke Schwindrisse im Material erzeugt werden und die Dauerhaftigkeit der Bauwerke ungünstig beeinflusst wird. Rohbauten im Winter auszuführen, sollte grundsätzlich vermieden werden.

3. Nicht übereiltes Bauen ermöglicht einen stetigen Arbeitsablauf, der im Interesse einer zeitlich zusammenhängenden Beschäftigungsmöglichkeit im Bauwesen liegt.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

1. Die Aufrechterhaltung eines, wenn auch eingeschränkten Bauvolumens ist möglich und dringend, vor allem zur Erfüllung der Raumbedürfnisse der öffentlichen Verwaltungen, der Lagerhaltung und des Wohnens. Nicht minder wichtig ist dies auch als Arbeitsbeschaffung für technische Berufe, das Baugewerbe und die Bauarbeiter.

2. Die Beschaffung der Rohbau-Werkstoffe und der geeigneten Bindemittel bietet weniger grosse Schwierigkeiten als ganz besonders diejenige der Materialien für elektrische und sanitäre Installationen. Informationen ergeben, dass das kritische Moment gerade bei diesen Werkstoffen liegt, deren Ausfall eine Hochbautätigkeit behindert, ja verunmöglicht.

3. Die Durchführung von Tiefbauarbeiten ist weniger erschwert als von Hochbauten. Wenn auch für Tiefbauarbeiten ein Grossteil der Hochbauarbeiter beschäftigt werden kann, so ist dies weniger der Fall in bezug auf die Hochbautechniker und die Angehörigen des Einbau-Gewerbes. Die Stilllegung dieser Berufe hätte auch für die Zukunft unangenehme Folgen: Entwöhnung, sinkendes handwerkliches Können und Fehlen des gelernten Nachwuchses.

4. Rationalisierungs- und Normungs-Vorschriften der Behörden, im Sinne einer weitausholenden Verteilung der vorhandenen Bau- und Werkstoffe, sind nicht zu umgehen. Als dringendst ist zu fordern die Aufstellung von *Normen* und *Richtlinien* mit zulässigen Beanspruchungen für *Naturstein-* und *Kunststein-Mauerwerk*, sowie die *Revision der übrigen Normen* hinsichtlich der, ohne Gefährdung der Sicherheit, zu erhöhenden *zulässigen Beanspruchungen*.

Die niedergelegten Richtlinien für die rationelle Verwendung und weitestgehende Ausnützung der Bau- und Werkstoffe gelten nicht nur für die gegenwärtige ernste und schwierige Lage, vielmehr auch für die Zukunft mit ihrem wirtschaftlich und sozial veränderten Aufbau.

Mehr denn je wird man auch dem *Unterhalt* sowie der zweckdienlichen *Instandstellung*, im Sinne der *Gütererhaltung*, sorgsamste Pflege angeheißen lassen müssen.

Lohn- und Leistung sind auf den *grösstmöglichen Nutzeffekt* abzustimmen. Normung der Massenprodukte, Lenkung der Erzeugung, wie auch des Verbrauches, ständige Kontrolle der materialtechnischen Güte in laufender Produktion, sowie die Gütesteigerung der Stoffe durch Forschung und Erfahrung sind auf das engste miteinander zu verketten. Der nicht zu vernachlässigende und wohl zu beachtende Kostenpunkt hat zurückzutreten gegenüber der *Möglichkeit* der Befriedigung der dringendsten baulichen Bedürfnisse, durch wohlüberlegte Abwägung und Verteilung auf einzelne Bauweisen im Rahmen der Bauwirtschaft als Ganzes, inbegriffen die Arbeitsbeschaffung.

Nur eine vom festen Willen, Einsicht, Intelligenz und Moral getragene Gemeinschaftsarbeit und Wirtschaftsordnung vermögen Interessengegensätze zu schlichten und den Kampf für die wirtschaftliche Existenz mit Erfolg zu bestehen.

Allein nur $\sim 20\%$ Ersparnisse an Material bedeuten, bei einem jährlichen Bauvolumen von $\sim 1,1$ Milliarden Franken, wovon die reinen Materialkosten $\sim 1/2$ Milliarde Franken ausmachen (Abb. 1), einen Gewinn von ~ 100 Millionen Franken im Jahr, die für weitere Bauzwecke und Arbeitsbeschaffung frei würden.

Zum Splügener Stauseeprojekt

Von Dipl. Ing. L. SIMMEN, Zürich

Als gebürtigem Rheinwalder, im Lande selbst aufgewachsen und in engem Kontakt mit Land und Leuten stehend, gestatten mir meine Herren Kollegen, vom Forum unserer geschätzten Fachzeitschrift aus zu diesem im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion stehenden Problem ein paar Worte. Die bündnerische Regierung hat eine aus Fachleuten bestellte Expertenkommission beauftragt, die Kraftwerk-Ausbaumöglichkeiten im Kanton Graubünden einschliesslich der Hinterrheinwerke zu prüfen. Im Hinblick auf die zu erwartenden Ergebnisse dieses Gutachtens werde ich mich in der Folge nur mit den volkswirtschaftlichen und kul-

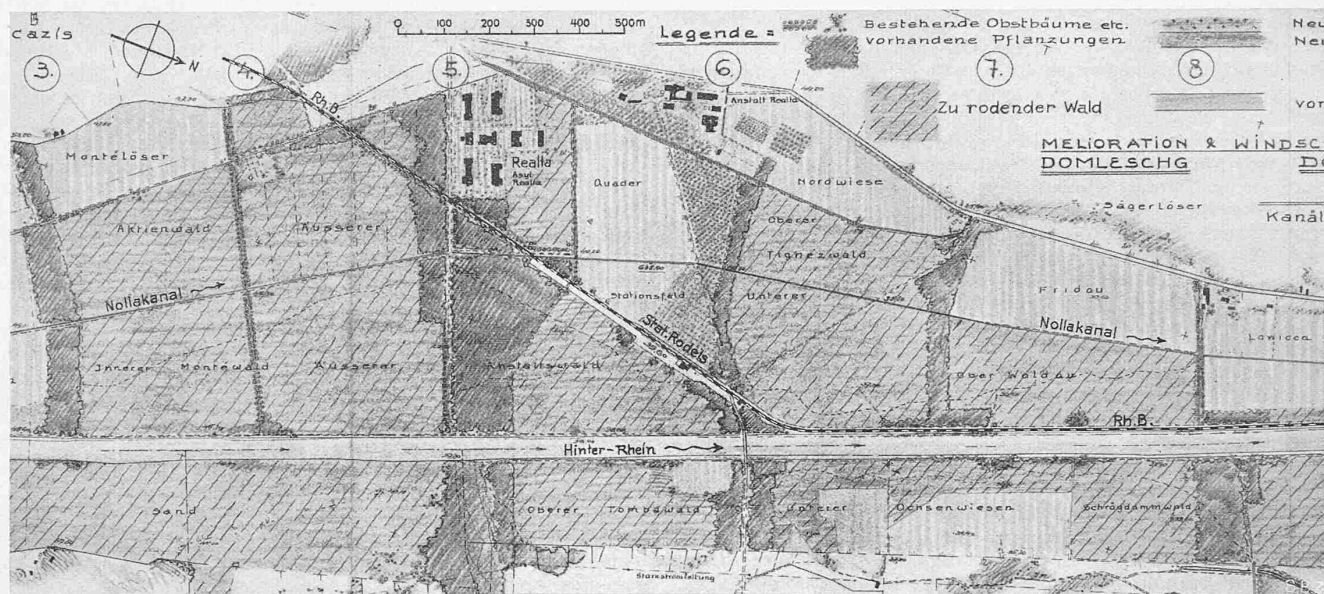
turellen Verhältnissen des Rheinwald befassen, das in Gefahr steht, dem projektierten Grossakkumulierwerk geopfert zu werden¹⁾.

Die aus fünf Dörfern mit 884 Einwohnern bestehende Landschaft Rheinwald bildet die erste Walsersiedelung in Graubünden. Im Jahre 1277 sind die ersten Walsersfamilien aus den Tocetälern über das Centovalli und das Misox nach dem Rheinwald gelangt; ihre Namen sind heute noch im Gemeindearchiv von Hinterrhein aufgezeichnet. Bereits am 1. Oktober gleichen Jahres gewährt ihnen ihr Schirmherr, der Freiherr von Vaz, weitgehende politische Freiheiten. In späteren Jahrhunderten hat das Rheinwald als eigenes Hochgericht an den Geschicken der Republik der Drei Bünde mitgewirkt. In zäher Arbeit haben 25 Generationen an der Urbarisierung und am wirtschaftlichen Aufbau ihrer Heimat gearbeitet. Vom Ausgang des 15. bis Mitte des vorigen Jahrhunderts bildete der Verkehr über den Splügen und den Bernhardin die Hauptverkehrsquelle der Rheinwalder. Die Eröffnung der Gotthardbahn hat mit einem Schlage den Bewohnern ihre Existenzgrundlage entzogen. Sie mussten sich wieder in vermehrter Masse der Landwirtschaft zuwenden. Durch Fleiss und Ausdauer wusste der Rheinwalder aber auch als Bauer sich wirtschaftlich zu behaupten, dank dem vorhandenen ausserordentlich fruchtbaren Wiesen- und Weideland. Heute gehört das Rheinwald glücklicherweise zu jenen Bergtälern, die sich im Wirtschaftskampf zu behaupten wissen. Allein in den letzten zehn Jahren hat seine Bevölkerung um über rd. 10% zugenommen. So zählt z. B. die kleinste Gemeinde im Rheinwald, Medels, die von Seite der Werkinteressenten als «sterbend» bezeichnet wurde, heute 66 Einwohner gegenüber 41 im Jahre 1930, hat neun Schüler, und 15 Kinder im vorschulpflichtigen Alter. Die Rheinwalder sind gute Landwirte. Kenner der Verhältnisse werden mir bestätigen, dass sie in bezug auf Viehhaltung, Bewirtschaftung des Landes und Verarbeitung der Milchprodukte vorbildlich arbeiten. In bezug auf Viehstand steht der Bezirk Hinterrhein (umfassend die Kreise Rheinwald, Avers und Schams), pro Einwohner gerechnet, an der Spitze aller Bezirke der Schweiz, vor dem Bezirk Obersimmental (Bern); das im Winterbetrieb in die Dorfsennereien eingelieferte Milchquantum beträgt über 600 000 l. Die Bevölkerung lebt sehr sparsam, ist dadurch aber zu einem ordentlichen Wohlstand gelangt.

Die Existenz dieser urwüchsigen, physisch und moralisch gesunden Volksgemeinschaft wird nun durch die Erstellung des Stausees gefährdet. Die Projektverfasser schreiben, die Ausiedelung aus dem Tale betreffe nur etwa 30 bis 35 Bauernfamilien mit etwa 140 Einwohnern. Auf Grund der persönlichen Kenntnis der Besitzverhältnisse und Existenzbedingungen im Rheinwald beträgt diese Zahl nach meiner vorsichtigen Schätzung weit über 300. Verliert doch Splügen mit seinen 380 Einwohnern 63% seiner Fettwiesen, Medels mit 66 Einwohnern 85% und Nufenen mit 186 Einwohnern 28% (nach Dr. H. Bernhard, «Wirtschaft und Siedelung im Rheinwald»); dabei ist zu sagen, dass diese Prozentangaben nur bedingt richtig sind, indem die überfluteten Teile im Tale liegen und die übrigbleibenden an den Hängen mit kleinerem Ertragswert. Dr. Bernhard schreibt hierüber auf S. 9: «Wesentlich ist zunächst, dass fast die Hälfte der Fettwiesen (46,6%) im Bereich der vier Gemeinden aufgelassen werden soll. Die Frage der Schädigung des Rheinwald wird damit in erster Linie zu einer Frage einer weitgehenden Einbusse an Winterfutter»; und weiter: «man muss sich darüber klar sein, dass die Fettwiesen die Wirtschaftsbasis für die gesamte Landwirtschaft darstellen und dass ihre Einkürzung schon in bescheidenem Masse, geschweige denn im hier vorgesehenen Ausmass die Fortexistenz der beteiligten Landgüter ins Wanken bringt».

Die grösste Gefahr für das Rheinwald liegt demnach darin, dass durch eine derartige Schwächung der Wirtschaftskraft die ihrer wirtschaftlichen Grundlagen teilweise beraubten Rumpfgemeinden der Entvölkerung verfallen. Diese Gefahr haben die Rheinwalder frühzeitig erkannt. An der ausserordentlichen Landsgemeinde vom 16. November 1941 wurde bei einer Stimmbeteiligung von 79% einstimmig in einer Resolution ihre ablehnende Stellungnahme bekundet. Auch Dr. Bernhard hat die Gefahr der Auflösung dieser geschichtlich bedeutsamen Volksgemeinschaft der ersten bündnerischen Walserkolonie Rheinwald erkannt; auf S. 80 seiner vorerwähnten Schrift schreibt er: «Die landwirtschaftliche Bevölkerung des Stauseegebietes betont heute ausdrücklich, im heimatlichen Tal wohnen bleiben zu wollen. Deshalb, ferner weil es besonders schwierig ist, die Konvenienzverhältnisse auf anderem Wege wirklich gerecht zu regulieren, schliesslich, weil das Verbleiben der Stauseebetroffenen im Tale für diese selbst und volkswirtschaftlich vorteilhaft erschiene, schlagen wir als im Falle des Zustandekommens der Stauwerke im Rheinwald in erster Linie zu prüfende Realersatzform die

¹⁾ Vgl. S. 45*, 157 und 210* dieses Bandes.



Waldrodungsplan Domleschg mit Windschutzstreifen, von Gebr. Mertens (Zürich). Ausschnitt 1:15000. — Bew. 6057 BRB 3. X. 39

der regelmässigen Futtermittelversorgung von auswärts im Rahmen des Produktionsausfalles in den Grundstücken des Staugebietes vor.» — Dieser gutgemeinte Vorschlag scheidet aber zum Voraus an der Tatsache, dass die Gemeinde Splügen in ihrem heutigen Umfang überhaupt nicht umgesiedelt werden kann. Die von den Projektverfassern für ein sogenanntes Neusplügen bezeichnete Stelle etwa 200 m über dem heutigen Dorf, an einem Schattenhang, kann im Ernst wohl nicht in Betracht gezogen werden. Kein Splügener wird seine sonnige, durch Tradition geheiligte Wohnstätte mit einem Schattendasein oben am Rütigupf vertauschen, eher wird er als letzte Konsequenz das Land verlassen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es sich nicht um einen kleinen Eingriff in das Wirtschaftsleben des Rheinwald handelt, sondern dass nicht mehr und nicht weniger als die Existenz eines unserer schönsten Hochtäler unserer geliebten Heimat auf dem Spiele steht. Bevor man sich zu einer derartigen Amputation entschliesst, müssen alle anderen Lösungen geprüft werden, ob nicht andere Möglichkeiten bestehen, dem vermehrten Energiebedarf zu genügen durch den Bau einer Gruppe mittlerer Werke mit annehmbaren Gesteungskosten. Auch hierüber dürfte das eingangs erwähnte Gutachten der Bündner Regierung, wenigstens soweit es das Rheingebiet betrifft, Aufschluss geben.

Aber nicht nur vom Gesichtspunkt der Erhaltung des Rheinwald aus, auch gesamtschweizerisch gesehen bietet der Ausbau einer Gruppe mittlerer Werke gegenüber einem derartigen Riesenwerk Vorteile in mehrfacher Hinsicht und es dürfen für Behörden nicht nur die finanziellen Erwägungen wegleitend sein. — Den Interessentenkreisen von der Elektrizitätsindustrie, die behaupten, das Landesinteresse gebiete die sofortige Inangriffnahme solcher Mammutwerke wie Hinterrhein und Urseren, die weitgehend für den Export bestimmt sind, möchte ich zu bedenken geben, dass gerade vom Standpunkt der Landesverteidigung aus der Besitz grosser Energiequellen — sei es schwarze oder weisse Kohle oder Oel —, auf die sich die Wirtschaft fremder Grossstaaten aufbaut und die deshalb begehrenswert erscheinen, für kleine Länder auch eine Gefahr bedeuten können.

Anmerkung der Redaktion. In der Absicht, das Problem Rheinwaldwerk von allen Seiten objektiv und vorurteilslos zu beleuchten, geben wir auch diesem Hilferuf unseres Rheinwalder Kollegen gerne Raum. Wir tun dies umso lieber, als wir selbst einer solchen bündnerischen Walserkolonie, dem benachbarten Avers entstammen, somit den bedrohten Rheinwaldern stammverwandt sind. Wir können daher ihre Besorgnisse voll und ganz nachempfinden, umso mehr als auch das Avers in Mitleidenschaft gezogen wird durch die Ueberstauung des Madris, der schönsten Fettwiesen und Heimwesen seines «Untertales». Es liegt zwar rd. 300 m höher als das Rheinwald, das Obertal mit 1950 bis 2150 m ü. M. noch wesentlich höher; demgemäss sind hier die nur noch auf Alpwirtschaft beschränkten Lebensbedingungen sehr viel härter als im Rheinwald. Aber trotzdem ist es eben die

Heimat, der man sich nur umso fester verbunden fühlt. Diesem ethischen Moment muss deshalb mit aller Sorgfalt Rechnung getragen werden; es ist aber, wie wir zu wissen glauben, auch der Wille der Konzessionsbewerber, dieser Pflicht bestmöglich gerecht zu werden.

Im Uebrigen haben wir zu den Ausführungen von Kollege Simmen folgende, teils berichtigende, teils beruhigende Bemerkungen zu machen.

Zu der Schätzung Simmens auf mindestens 300 Abwanderer ist zu sagen, dass diese auf der Annahme beruht, es bleibe im Landwirtschaftsbetrieb alles beim Alten. Wenn man aber diesen Betrieb rationeller gestaltet, modernisiert — wobei allerdings bei Bergbauern eine erhebliche «Reibung der Ruhe» zu überwinden ist —, dann wird der Ertrag so gesteigert, dass sich die von den kulturtechnischen Fachleuten errechnete Zahl von etwa 140 Abwanderern ergibt. Dass eine Betriebsumstellung als Störung empfunden wird, ist begreiflich. Aber haben nicht Tausende von Bauern im Unterland nach dem Plan Wahlen viel umfangreichere Umstellungen von Gras- und Milchwirtschaft auf Getreide- und Gemüsebau vornehmen müssen, und vorgenommen? Auch die elektrische Graströcknung z. B.¹⁾ bedeutet eine solche Neuerung, die aber angesichts ihrer Futterwertsteigerung immer mehr an Boden gewinnt. Und was diese Unterländer tun, das werden bei gutem Willen auch die Rheinwalder können. Schon einmal haben sie eine noch viel radikalere Umstellung erfolgreich bewältigt: beim Entzug des Passverkehrs durch die Gotthardbahn, woran Simmen mit Recht erinnert. Ferner sei erinnert an die ungezählten Berner Bauern, die seit langem in die Kantone Zürich und Thurgau abgewandert sind, die dort ein neues Heim gefunden und sich rasch akklimatisiert haben. Allein in Gossau (Kt. Zürich) leben rd. 80 solcher bodenständiger Berner Bauernfamilien glücklich und zufrieden auf neuer Scholle, mit der sie bereits wieder verwachsen sind. Man sieht, es wird dem Rheinwalder Abwanderer nichts Uebermenschliches zugemutet.

Und was Neu-Splügen betrifft, ist der «Rütigupf» eine dem Berghang am Südostende der Staumauer vorgelagerte, nach Süden bis Westen sanft abfallende flache Kuppe, auf der fast das ganze heutige Dorf Splügen Platz fände. Uebrigens werden über die Baustelle für das gegenüber dem heutigen Dorf umfänglich etwas kleinere Neu-Splügen die Behörden vom Rheinwald, bzw. von Chur, selbst zu entscheiden haben.

Aber auch für die Abwanderer ist im Domleschg, diesem Obstgarten Graubündens, auf den Auenwaldflächen links und rechts des Rheins ein grosszügiges Meliorationswerk im Werden. Bereits sind von dem über 300 ha grossen, heute noch mit Wald bestandenen Gebiet einzelne Teile gerodet und die tiefgründige, fruchtbare schwarze Nollaerde ist unter den Pflug genommen worden. Unser Bild zeigt einen Ausschnitt aus dem von Gebr. Mertens (Zürich) bearbeiteten Plan, nach dem von den Wäldern Windschutzstreifen erhalten bleiben, die auch massstäblich eine willkommene Unterteilung der Ebene in übersichtbare abgegrenzte

¹⁾ Beschrieben in Bd. 111, S. 239* und Bd. 117, S. 286*.

Bezirke ergeben werden. Wir kommen hierauf demnächst in einem besondern Aufsatz zurück.

Was Simmen von der wirtschaftlichen Schwächung der im Rheinwald zurückbleibenden «Rumpf-Gemeinden» sagt, hat wohl eine gewisse Berechtigung. Aber hier drängt sich ein auch schon anderwärts geäußertes Gedanke auf: warum sollen sich nicht diese Gemeinden des Kreises Rheinwald wieder zu einer einzigen *Gemeinde Rheinwald* mit den Fraktionen Sufers, Splügen, Medels, Nufenen und Hinterrhein zusammenschliessen, wie sie es in alter Zeit schon waren?²⁾ Das wäre eine genaue Analogie zur Taltschaft Avers, die von Campsut und Madris über Cresta bis Juf ebenfalls eine einzige, mit dem Kreis zusammenfallende Gemeinde bildet; desgleichen zur Walser-Landschaft und -Gemeinde Davos mit den Fraktionen Dorf, Platz, Frauenkirch, Glaris und Monstein. Das entspricht also alter Walser Tradition und hätte wohl auch verwaltungstechnische Vorteile, erleichterte einen steuerrechtlichen Ausgleich u. a. m. Dieser Gemeinde Rheinwald könnten eventuell sogar die Domleschger Abwanderer als Enklave angeschlossen bleiben, da sie ja ihre Alpen und Maiensässe im Rheinwald behalten.

Zu dem Bedenken, mit dem Kollege Simmen seine Ausführungen schliesst, möchten wir zu erwägen geben, dass die ungenutzte «Weisse Kohle» die Begehrlichkeit des ungedeckten Bedarfes viel mehr reizen muss, als die ausgebauten Wasserkraft, die u. a. in Form von Ausfuhr-Energie jenem Bedarf *dient!* Uebrigens enthalten Energie-Export-Verträge Bestimmungen, wonach im Sommer von der Schweiz gelieferte Ueberschuss-Energie bei Wasserknappheit im Winter in bestimmten Verhältnissen zurückgeliefert wird. Laut «Statist. Jahrbuch der Schweiz» (1940, jüngster Band) betrug im Winter 1938/39 diese Rücklieferung an elektrischer Energie aus (kalorischen!) Auslandswerken 42 Mio kWh; seither sind noch keine weiteren Zahlen veröffentlicht worden. Es kann aber gesagt werden, dass der Energie-Import uns im vergangenen Winter vor noch wesentlich schärferen Einschränkungen im Stromverbrauch bewahrt hat, als wir sie zu erdulden hatten. Diese Klarstellung lässt die Frage des Energie-Exportes, genauer gesagt des Energie-Austausches, in einem ganz andern Licht erscheinen, als man sie vielfach sieht.

C. J.

Die organische Erneuerung unserer Städte

Ein Vorschlag von Architekt HANS BERNOULLI, Basel¹⁾

Wenn von einer bestimmten Stadt die Rede ist — von Edinburgh oder Köln, von Besançon oder Turin, von Schaffhausen oder Genf — so tritt nur der Kern dieser Stadt, nur die Altstadt vor das innere Auge; die weitschichtigen Neuquartiere, das Gros der Stadt, ihr eigentlicher Körper ist als uninteressant, wohl gar als widerwärtig gar nicht zu einer lebendigen Vorstellung geworden und damit ganz und gar aus dem Gedächtnis verschwunden. Die grosse Baumasse der Städte existiert für uns nicht. Und so besteht denn auch kein Interesse für ihr Schicksal; kaum dass das Schicksal der Massenquartiere der Stadt, die unseren eigenen Wohnsitz bildet, uns zu interessieren vermag. Diese grossen Baumassen, die — es sei nochmals betont — den Hauptbestandteil unserer Städte ausmachen, sind einer ungewissen Zukunft, einem allmählichen Absterben preisgegeben.

Die vorliegende Schrift nun nimmt sich dieser freudlosen Materie an.

Sie argumentiert: Wenn auch die Bauten selbst unmodern werden, wenn sie durch das immerwährende Auffrischen, Umbauen, Aufbauen und durch die immer dichter werdenden Hofverbauungen von Jahr zu Jahr ungefreuter werden und so von Stufe zu Stufe sinken — der Grund und Boden auf dem sie stehen, wird immer kostbarer. Mit jedem neuen Geviert, das draussen am Stadtrand entsteht, rücken die Quartiere mit den Altbauten dem Stadtzentrum verhältnismässig näher. Aber diese immer kostbarer werdenden Bezirke können der wachsenden Stadt nicht dienstbar gemacht werden. Bloss längs der Verkehrsstrassen ist es möglich, die einzelnen Bauten auszuwechseln — von einer richtigen Erneuerung ganzer Gevierte ist aber auch hier nicht die Rede. So legt sich zwischen die interessante Altstadt und die neuen, frischen, äussersten Bezirke eine graue Masse, freudlos und unbeweglich.

Was bisher geplant worden ist, um solche Quartiere zu erneuern — es sei hier an den Wettbewerb erinnert um das Länggassquartier Bern, an die Bemühungen von Privatarchitekten um Zürich-Aussersihl, um Genf-le Pâquis — all das ist im Stadium des Entwurfs stecken geblieben.

²⁾ Vgl. Dr. Werner Oswald «Wirtschaft und Siedelung im Rheinwald», Heft 43 der Schriften der Schweiz. Vereinigung für Innenkolonisation (1931).

¹⁾ Selbstanzeige des gleichnamigen Buches. Basel 1942. Verlag von B. Wepf & Co. 72 Seiten, 34 Illustrationen. Preis Fr. 4.50.

Die Schwierigkeiten liegen hier: Wenn schon ein Einzelner sein überaltertes Gebäude niederlegen möchte, um es durch einen Neubau zu ersetzen — seine Freunde und Nachbarn, die Hauseigentümer seines Gevierts, sind noch nicht «reif». Sie wollen noch warten. Oder sie sind gar nicht in der Lage, sich in derlei kostspielige Unternehmungen zu stürzen. Noch nie ist es vorgekommen, dass ein Geviert, das mehr als zehn Grundeigentümern gehörte, durch freie Vereinbarung gleichzeitig erneuert wurde. Wenn wir also das Gros unserer Städte, wie es sich seit der Mitte des XIX. Jahrhunderts entwickelt hat, nicht einfach verfaulen lassen wollen, so müssen wir ein Mittel, eine Methode finden, wie wir die Erneuerung dieser dem allmählichen Verfall entgegengehenden Bauten blockweise, womöglich quartierweise ermöglichen.

Der Vorschlag, der hier geboten wird, geht nun darauf aus, die Gesamtstadt mit Ausschluss der Altstadt so zu behandeln, wie der Förster seinen Wald behandelt: Der Wald ist in Bezirke eingeteilt, die nach einem bestimmten Plan geschlagen und wieder aufgeforstet werden.

So primitiv ein derartiges Verfahren anmuten mag — es ist konsequent und verspricht den höchsten Erfolg. Nicht in den Händen von Puschern freilich, sondern in der geschickten Hand vom Fachmann, desselben Fachmannes, der heute, seinem stolzen Titel «Stadtbaumeister» zum Trotz, der Neubebauung wie dem Verfall des Gebauten so gut wie ohnmächtig gegenübersteht.

Ein solches «Abholzen» und «Aufforsten» rechnet also mit einer bestimmten Lebensdauer für die verschiedenen Bauten. Jedem Bau, richtiger jedem Geviert, jedem Quartier wird eine bestimmte Lebensdauer zugebilligt. Dann, wenn das vorbestimmte Alter erreicht ist, wird in dem betreffenden Bezirk die Bebauung ausgewechselt.

Ein derartiges Vorgehen — unter heutigen Verhältnissen ganz und gar unmöglich — hat zur Voraussetzung, dass alle Bauten — Privateigentum! — auf *öffentlichem* Grund und Boden stehen; und dass jedem einzelnen Bau durch Baurechtsvertrag sein Bestand gesichert ist, auf Lebenszeit.

Wenn solch ein Vorgehen für neuentstehende Quartiere ohne Weiteres denkbar ist — damals, in der heute so viel geschmähten Zeit nach 1918, ist etwas ähnliches in Wien angebahnt worden — so ist damit die Lösung für die Erneuerung der Altquartiere noch nicht gegeben. Hier muss ein weitschichtiger und gewiss nicht einfacher Rückkaufprozess eingeleitet werden. Der bebaute Boden, jede einzelne Parzelle, muss von der Stadt angekauft werden. Mit dem Hauseigentümer muss ein Baurechtsvertrag abgeschlossen werden, der diesem wie seinem Nachbarn das Weiterbestehen seines Hauses gewährleistet auf eine Dauer, die sich nach Alter und Zustand der Bauten des Quartiers richtet. Eine mühselige Arbeit, die aber eine allmähliche und organische Erneuerung der Stadt einleitet, jener Stadt, die bereits aufgegeben war; eine Erneuerung durch die besten Kräfte nach bestem Wissen und Können des Tages.

Die Lagepläne, die der Schrift beigegeben sind, sollen das abgelegene Thema dem Fachmann näher bringen und seine Bedeutung auch dem Laien verständlich machen. Wie denn überhaupt die Schrift — sie ist den städtischen Parlamenten und Behörden gewidmet wie den Fachkollegen, den Hausbesitzern und den Bewohnern jener trüben Quartiere — sich auch an die Laienwelt richtet, ohne deren verständnisvolles Kopfnicken der Fachmann sich kaum je einer derart dornenvollen, aber Rosen verheissenden Aufgabe nähern würde.

Es darf erwartet werden, dass die Fachwelt sich dieses hier gebotenen Vorschlags bemächtigt, ihn diskutiert, vertieft, erweitert, ausbaut, um ihn vorerst wohl nur versuchsweise, stückweise, schliesslich aber vollständig durchzuführen, und damit die Grundlagen zu schaffen, die Vorbedingungen einer neuen Städtkultur.

MITTEILUNGEN

Gelenktes Klima? Unter diesem Titel legt A. Jaumann (Berlin) in der angesehenen Wochenschrift «Der deutsche Volkswirt» (vom 24. April d. J.) seine Gedanken über klimatische Planwirtschaft für Europa unter deutscher Führung dar, mit dem Ziel eines «ausgeglichene[n] Klimas für ganz Europa und einer Vollernte Jahr für Jahr und in jedem Lande». Was ihm vorschwebt ist «die Verschiebung der Regenperiode aus der Zeit von Juli bis September (Erntezeit) auf April bis Juni» (Wachstumszeit), ferner die Ausschaltung übermässiger Winterkälte. Wie die Niederschlagslenkung gedacht ist, möge in unserer Quelle nachgelesen werden. Zur Bekämpfung der Winterkälte, namentlich im nördlichen Europa, will Jaumann den Golfstrom besser